„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt anherhalb Berlins bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Russlands und der Donaufürstenthümer; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsspediteuren Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Witzblatt „ULK“, der feuilleton. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, der „Technischen Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.). — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 552. Berlin, Sonntag, den 30. Oktober 1898. XXVII. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

Während unser Kaiserpaar seine Pilgerfahrt nach dem heiligen Lande ohne Zwischenfall fortsetzte, und der Monarch auf palästinensischem Boden die dort wohnenden deutschen Katholiken seines kaiserlichen Schutzes versicherte, gingen in Preußen die Wahlmännerwahlen für den Landtag in jener Ruhe und Theilnahmslosigkeit vor sich, die bei dem „schlechtesten aller Wahlgesetze“ nun schon zur eingebürgerten Ueberlieferung gehören. In Berlin, der Hauptstadt des Landes, traten kaum 25 Prozent der Wahlberechtigten an die Urne, und nur in wenigen Orten, wo persönliche Interessen eine tiefere Erregung entfesselt hatten, mag diese Durchschnittsziffer erheblich überschritten worden sein. In Berlin trat das Ergebniß, der freisinnige Sieg, diesmal noch unpointirter als sonst in die Erscheinung, weil die Wähler der freisinnigen Volkspartei gemeinsam mit den Nationalliberalen und den Angehörigen der freisinnigen Vereinigung ihre Stimmen auf die aufgestellten liberalen Wahlmänner vereinigten, und so jede Stimmensplitterung vermieden blieb. Der dadurch hervorgerufene Eindruck der besonderen Wuchtigkeit des Berliner Wahlresultates verdient nachdrückliche Betonung schon der Vorbildlichkeit wegen, die in diesem Beispiel enthalten ist.

Noch stehen die Wahlen der Abgeordneten selbst aus, und es ist mit Sicherheit aus den vorhandenen Meldungen das Gesammtergebniß noch nicht zu ersehen. Nur Eines scheint für Optimisten schon festzustehen: der Plan der Reaktion, mit Hilfe der diesmaligen Wahlen im Abgeordnetenhause eine ausschlaggebende Mehrheit der Konservativen und Freikonservativen herzustellen, so daß diese Parteien ohne Weiteres als die allein maßgebende Instanz des Landtages gelten könnten, dieser Plan ist glücklicherweise nicht verwirklicht worden. Wie viel Stimmen den Konservativen an dieser Majorität fehlen mögen, war noch nicht zu ermitteln, — aber daß diese Mehrheit, die sie schon in den Händen zu halten wähnten, den Reaktionären entschlüpft ist, will sanguinischen Gemüthern schon als unzweifelhaft gelten. Das Centrum kehrt in unverminderter Zahl zurück, während die linke Seite des Hauses, aus Nationalliberalen und beiden Schattirungen der Freisinnigen bestehend, einzelne Verschiebungen zu Gunsten einer festeren Accentuirung des liberalen Gedankens erfuhr. Freisinnige Vereinigung und freisinnige Volkspartei gewannen mehrere Sitze, so daß ihre Zahl von zwanzig auf einige dreißig Mandate gestiegen ist, während man konstatiren konnte, daß auch in den Kreisen, in denen die Freisinnigen unterlagen, die Ziffer der für sie abgegebenen Stimmen eine erfreuliche Aufwärtsbewegung zeigt.

In Berlin wird nur in zwei Wahlkreisen eine Veränderung der bisherigen Vertretung Platz zu greifen haben. Im zweiten Wahlkreise scheidet Eugen Richter, der in Hagen diesmal wiedergewählt wurde, aus, um dem Berliner Rektor Kopsch Platz zu machen, der, wie Jakob um Rahel, wohl an die sieben Jahre im eifrigen Parteidienste um die Stellung eines Landtagsabgeordneten geworben hat. Im ersten Wahlkreise aber, wo sich der Ruf nach neuen Männern und frischem Blut am lebhaftesten kundgegeben, bleibt von den Veteranen der Partei nur Albert Träger im ungestörten Besitz seines Mandates. Sein Genosse Hermes, der nun schon zwölf Jahre hindurch den Wahlkreis vertrat, fand diesmal nicht mehr Gnade vor den Augen der Wahlmänner der freisinnigen Volkspartei. Es liegt nahe, anzunehmen, daß in dieser Ablehnung eine Warnung an den Parteivorstand zu erblicken sei, dem ja Dr. Hermes bisher angehörte. Aber diese Annahme wäre schwerlich gerechtfertigt, da die Opposition gegen diesen Parteivorstand, die sich namentlich in der Kandidatur Bollrath kundgab, jedenfalls nicht als stark genug sich erwies, um ihre Anschauungen der Mehrheit der Wahlmänner zu oktroyiren. Daß man Dr. Hermes fallen ließ, muß daher andere Ursachen gehabt haben, die sich um so mehr dem Urtheil des Nichteingeweihten entziehen, als sich ja eine relative Mehrheit fand, die einen anderen Veteranen der Partei, Dr. Max Hirsch, als dritten Kandidaten nominirte. Weder Max Hirsch noch der Stadtverordnete Kreitling können als Männer gelten, die dem Ruf nach frischem Blut, der sich so lärmend kundgegeben, zu entsprechen vermögen. In der Psychologie großer Versammlungen, die dergleichen Personenfragen in letzter Instanz zu entscheiden pflegen, bleibt noch gar manches dunkel und räthselvoll.

Solche psychologischen Studien können übrigens fast in jedem Parlament angestellt werden. Das Räthselhafte und Problematische dabei tritt allerdings schwerlich irgendwo so ausgesprochen zu Tage wie etwa in der französischen Deputirtenkammer, die gerade in dieser Woche den Beweis lieferte, wie sehr solche Konglomerationen angeblich politischer Männer unkontrolirbaren Einflüssen ausgesetzt sind. Der Sturz des Kabinets Brisson in der letzten Dienstagssitzung im Palais Bourbon ist ein glänzender Beweis für die Unberechenbarkeit der Entschließungen derartiger Versammlungen. Eben hatte man in einer Tagesordnung, die Brisson angenommen, der Armee das Vertrauen ausgedrückt und die Unterordnung der militärischen unter die bürgerlichen Gewalten zum Prinzip erhoben, als ein unvorhergesehener Zwischenfall die ganze Situation, die sich zu Gunsten Brissons gewendet, über den Haufen warf.

Vorher freilich hatte sich ein Mitglied des Ministeriums, der Kriegsminister Chanoine, als ein Judas erster Güte entpuppt. Wie auf Verabredung hatte er sich durch Déroulède anrempeln lassen, um Gelegenheit zu erhalten, plötzlich auf die Tribüne zu stürzen, dort zu erklären, daß er in der Dreyfus-Sache nicht mit seinen Kollegen übereinstimme, und daß er sein Portefeuille in die Hände der Kammer zurücklege. Das wirkte wie ein vorbereiteter „coup de Jarnac“. Chanoine war dem Ministerium Brisson, dem er angehört hatte, und in dem er niemals seine wahre Ueberzeugung hatte zum Ausdruck kommen lassen, einfach mit teuflischer Hinterlist in den Rücken gefallen. Es schien nur natürlich bei den Moralanschauungen gewisser französischen Politiker, daß er dafür sofort von einem Redner der rechten Seite des Hauses als „braver und loyaler Soldat“ gefeiert wurde. Im Grunde war das Verfahren des Generals daßjenige eines Empörers. Seine Entlassung hatte er über den Kopf des Präsidenten der Republik gegeben, und sein Verfahren machte es Jedermann klar, daß unter den höheren Militärs eine Staatsstreichwitterung vorhanden sei, auf deren Kundgebung hin die bonapartistischen und orleanistischen Prätendenten in Genf und Brüssel aufmerksam die Ohren spitzten.

Nun war aber zu der eben angeführten, Brisson genehmen Tagesordnung ein Zusatzantrag eingebracht worden, welcher es tadelte, daß die Regierung nicht strafrechtlich gegen die Angreifer der Armee in der Presse vorgegangen sei. Vergebens erklärte der Justizminister, daß seine Strafanträge an der Weigerung des Kriegsministers, sich ihnen anzuschließen, gescheitert wären. In einem Nu war die ruhige Ueberlegung der Deputirtenkammer dahin, und das Amendement, das der Brisson sich anzunehmen geweigert hatte, fand jene Mehrheit, die den Sturz des Ministeriums unvermeidlich machte.

Aber die Leiter der Intrigue, die ursprünglich darauf ausgegangen waren, die Revisionsverhandlung des Dreyfus-Prozesses vor dem Kassationsgerichte zu hintertreiben, hatten in ihrem Uebereifer vergessen, daß der Sturz des Kabinets eine Vertagung des Parlamentes unvermeidlich mache, und daß in der Zwischenzeit der höchste Gerichtshof seine Tagung abhalten müsse, wie sie vorher angesetzt worden war. Und also geschah es auch. Die Politiker der Kammer warfen sich auf die Ministersuche, die Deputirten haben Ferien bis zum 4. November, und der Kassationshof ging in aller Ruhe an die Verhandlung des Dreyfus-Prozesses, die in jener abgelärmten, den Einflüssen des Boulevard-Radauvolkes unzugänglichen Weise stattfand, die dieses Gericht schon im Zola-Prozesse so vortheilhaft vor sonstigen französischen Gerichtshöfen ausgezeichnet hatte. Der Revisionsantrag fand demgemäß Annahme — aber die provisorische Aufhebung der Strafhaft des verurtheilten Dreyfus blieb ihm versagt. Man muß in dieser Halbheit augenscheinlich ein vorsichtiges Zugeständniß an die Revisionsgegner erblicken.

Die Kabinetsbildung war diesmal nicht leicht — aber sie scheint doch schneller vor sich zu gehen, als man dies im Allgemeinen in Frankreich gewöhnt ist. Es soll ein Konzentrationsministerium gebildet werden, in dem gemäßigte Linke und radikale wie opportunistische Republikaner sich die Hände reichen. Charles Dupuy, neben dem Freycinet und vielleicht Ribot sitzen, giebt dem Ministerium den Charakter, wenn von einem solchen überhaupt gesprochen werden kann. Die Revisionsaktion des Kassationshofes hat von diesen Männern, da sie einmal beschlossen worden, schwerlich eine Einschränkung zu befürchten, und von diesem Standpunkte aus sind die Antirevisionisten der Kammer und der Straße, die sich aus den Kollaborateuren der Republik rekrutiren, um die Früchte ihrer Zettelung gekommen. Die chauvinistischen Bestandtheile dieser Radauvolitiker werden es außerdem noch über sich ergehen lassen müssen, daß Herr Delcassé das Ministerium des Aeußeren auch in dieser neuen Kombination behält, da er anscheinend unentbehrlich ist, um die Verhandlungen mit England wegen des Faschoda-Zwischenfalles zu Ende zu führen.

Auf beiden Seiten des Kanals hatte man schon eine kriegerische Stimmung markirt. In England war man sogar nicht davor zurückgeschreckt, um den Ernst der kriegerischen Anwandlungen glaubhaft zu machen, eine richtige Börsenpanik in Szene zu setzen, die selbst den Kurs der sonst so unerschütterlichen Konsols nicht respektirte, — während man außerdem den bekannten Trne der maritimen Rüstungen abermals gebrauchte, um den französischen Gegner einzuschüchtern. Aber während in den Blättern und auf der Börse der Sturm als Begleiterscheinung wüthete, gingen in der Sphäre des diplomatischen Geplanders die Unterhandlungen ihren ruhigen Weg weiter, und die inzwischen veröffentlichten Gelb- und Blaubücher bewiesen, daß die Staatsmänner beider Nationen die streitige Frage stets sunviter in modo behandelten, ja daß man weder in Paris noch in London darauf erpicht war, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Der Sturz des Ministeriums Brisson brachte natürlich die Unterhandlungen ins Stocken — aber schwieriger sind sie durch die Unterbrechung der letzten Tage schwerlich geworden. Man wird in Frau sich lernen, auf Faschoda zu verzichten, und man wird in En, und eine Phrase zu finden wissen, die den Franzosen für diese That der Selbstverleugnung eine Kompensation gewährt. Und wenn dies geschehen ist, werden sich beide Regierungen gemeinschaftlich in Petersburg beim Kongreß des Zaren wiederfinden, um in erhabener Weise den ewigen Frieden für die kommenden Jahrhunderte mit vorbereiten zu helfen. Q. D. b. v.

Der Revisionsbeschluß des Kassationshofs.

Gestern hat der Pariser Kassationshof sein Urtheil gefällt, in dem er eine ergänzende Enquete anordnet, in welcher alle Dokumente, die den Dreyfus-Prozeß betreffen, die geheimen Schriftstücke inbegriffen, von Neuem untersucht werden müssen. Was die Frage der vorläufigen Freilassung des Dreyfus betrifft, so beschloß der Kassationshof, hierüber erst nach Beendigung der ergänzenden Untersuchung zu entscheiden. Die Entscheidung scheint dem Kassationshof nicht leicht geworden zu sein, denn die Berathung dauerte nicht weniger als 3½ Stunden. Das kann allerdings nicht Wunder nehmen, wenn man sich erinnert, daß dem Kassationshof auch drei Mitglieder der sechsgliedrigen Revisionskommission angehörten, welche von Ministerium Brisson zuerst mit der Prüfung der Revisionsfrage betraut war und dieselbe damals mit Stimmengleichheit ablehnte, wobei die drei Kassationsräthe gegen die Revision gestimmt hatten. Daß sich die Mehrheit des Kassationshofs jetzt im Prinzip für die Revision und sogar mit der von der Generalstabspartei so sehr gefürchteten ergänzenden Enquete entschlossen hat, bedeutet einen großen Erfolg der Dreyfus-Partei, wenn auch die vorläufige Ablehnung der Haftentlassung Dreyfus ein Balsam auf die Wunden der Antirevisionisten ist. Der Urtheilsspruch wurde denn auch von den zahlreich anwesenden Dreyfus-Freunden mit ungeheurem Applaus aufgenommen. Denn durch die Entscheidung des Kassationshofes wird der Dreyfus-Prozeß dem Militärgerichtshof vollständig entzogen. Hätte der Kassationshof beschlossen, die Revision ohne ergänzende Untersuchung anzuordnen, dann wäre Dreyfus wiederum vor ein Kriegsgericht gestellt worden.

Ueber den gestrigen Verhandlungstag, der auch sonst noch manche interessante Enthüllung brachte, erhalten wir von unserem Pariser △-Korrespondenten folgende Privat-Telegramme:

Das Schlußplaidoyer des Advokaten Mornard.

Da bekannt gewesen war, daß bei Beginn der heutigen Verhandlung der Advokat der Madame Dreyfus, Mornard, sein Plaidoyer fortsetzen würde, hatte sich das Publikum im Saale zunächst pünktlicher eingefunden als an den ersten beiden Tagen. Mornard gilt als ein tüchtiger Jurist, aber er ist ein trockener, wenig für das Publikum sprechender Redner. Zudem schien es, als würde er nach dem Rapport des Rathes Bard und dem Requisitorium des Generalprokurators Manau nichts Neues zu Gunsten der Revision mehr sagen können. Diejenigen, welche sich trotzdem bei Beginn der Verhandlung eingefunden hatten, wurden angenehm enttäuscht.

Mornard hob zunächst einen Punkt hervor, der bisher nicht genügend betont war, wenn Dreyfus, wie Esterhazy behauptet, Esterhazys Handschrift bei der Anfertigung des Bordereaus durchgepaust hat, hätte er dann nicht im Prozeß den Verdacht auf Esterhazy zu lenken versucht? Wozu hätte er sonst die Handschrift durchgepaust?

Ein Brief des Generals Zurlinden über Picquart und du Paty de Clam.

Weiterhin bespricht Mornard die Intervention Paty de Clams zu Gunsten Esterhazys. Er verliest einen Brief des Generals Zurlinden an den Justizminister vom 10. September, der hierauf Bezug hatte. In diesem Briefe, der bei Gelegenheit der Dispositionsstellung du Paty's geschrieben ist, heißt es:

„Im Jahre 1896 bricht in den Büreaus des Nachrichtendienstes ein Konflikt zwischen Oberst Picquart und Henry aus. Der Erstere versucht die Schuld Esterhazys zu beweisen, um ihn Dreyfus unterzuschieben. Der Zweite vertheidigt Esterhazy, in diesem Konflikt intervenirt später der Kolonel Paty du Clam, und persönliche Animositäten privater Natur verschlimmern noch die Konsequenzen. Große Fehler und selbst Verbrechen sind während dieser Periode begangen worden. Zuerst produzirt Picquart unter ziemlich verdächtigen Umständen das „Petit bleu“. Als Antwort darauf begeht Henry eine Fälschung, die seine Verhaftung herbeiführt. Paty de Clam begeht schwere Fehler im Dienst. Obwohl mildernde Umstände zu seinen Gunsten angerufen werden können, angesichts des Motives seiner Intervention, habe ich gegen diesen Offizier eine Enquete eröffnen lassen, deren Resultat seine Dispositionsstellung ist.“

Mornard bemerkt dazu: Also was die mildernden Umstände zu Gunsten Paths motivirte, war die Thatsache, daß er Esterhazy hatte retten wollen. Du Paty de Clam hatte Esterhazy, um ihn zu retten, ein geheimes Schriftstück übergeben. Esterhazy wurde nicht verfolgt, und für Du Paty de Clam wurde dieser Umstand als mildernd angesehen. Dagegen wurden Picquart und Leblois wegen Spionage unter Anklage gestellt, weil Letzterer sich in Picquarts Büreau befand, als ein geheimes Schriftstück in halbgeöffnetem Umschlage auf dem Tische lag. Aus alledem geht hervor, welchen außerordentlichen Schutz Esterhazy seitens des Generalstabes genoß, wie denn auch aus verschiedenen Schriftstücken, welche den Prozeß vor dem Kriegsgerichte von diesem Jahre betreffen, erhellt, daß zwischen dem mit der Untersuchung betrauten General Pellieux und dem Beschuldigten Esterhazy wiederholt ein regelrechtes Einverständniß hergestellt wurde.

Zwei Briefe und eine Depesche Esterhazys.

Der Advokat bespricht dann die Beziehungen, die zwischen Esterhazy und dem die Untersuchung führenden General Pellieux bestanden. In dem Dossier, der Mornard bekanntlich zur Verfügung gestanden hat, befänden sich zwei Briefe Esterhazys. Der erste beginnt mit den Worten:

„Ich bin unschuldig. Sie wissen es!“

General Pellieux hat die Worte „Sie wissen es“ durchstrichen.

Im zweiten Briefe heißt es:

„Sie haben die Beweise eines infamen Komplots in Händen.“

General Pellieux hat das dahin geändert: „Ich glaube, Sie haben Beweise in Händen.“

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 44.